

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Umleitung des Eisenbahn-Güterverkehrs prüfen

Mit der Eröffnung des Jade-Weser-Ports und den zu erwartenden steigenden Umschlagszahlen des Hafens in Bremerhaven wird auch die Menge des Güterverkehrs auf den Bahnstrecken in den nächsten Jahren deutlich zunehmen. Der Bremer Hauptbahnhof bildet dabei eine Art Nadelöhr, durch das der größte Teil dieses Güterverkehrs abgewickelt werden muss.

Da die Gleise tagsüber von Zügen des Personenverkehrs belegt sind und deshalb nur wenige zusätzliche Kapazitäten für Güterzüge vorhanden sind, wird der zusätzliche Verkehr besonders in den Abend- und Nachtstunden abgewickelt werden müssen. Dies stellt für die Anwohnerinnen und Anwohner der innerstädtischen Bahnstrecken in den Nachtstunden eine erhebliche zusätzliche Belastung dar, wenn keine Lärmschutzmaßnahmen ergriffen werden.

Derzeit wird im Rahmen des Bundesprogramms „Seehafenhinterlandverkehr“ das Gleis 1 im Hauptbahnhof mit einer geänderten Trassierung so an die Gütergleise angeschlossen, dass die Durchlässigkeit des Bahnhofs für Güterzüge erhöht wird. Dazu läuft das Planfeststellungsverfahren, in dessen Verlauf die DB AG bisher zugesagt hat, zumindest einen Teil der Forderungen von Anwohnern, Beiräten und Verkehrsverwaltung umzusetzen. Es werden somit neben konventionellen Lärmschutzmaßnahmen, wie z. B. zusätzlichen Lärmschutzwänden und Schallschutzfenstern, auch innovative Maßnahmen zur Lärminderung erfolgen, wie beispielsweise sogenannte „besohlte Schwellen“ und „Schienenstegdämpfer“.

Um eine weitergehende Entlastung vom Schienenlärm zu erreichen, müssen auch Alternativen zur jetzigen Streckenführung, die nicht durch den städtischen Bereich und den Bremer Hauptbahnhof führen, umfassend und sorgfältig geprüft werden. Darin einbezogen werden sollte aus umwelt- und wirtschaftspolitischer Sicht das Ziel, die Häfenanbindung durch die Bahn zu verbessern und daraus resultierenden den Straßengüterverkehr zu verringern.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, eine Studie über mögliche langfristige Alternativen zu den bestehenden Güterverkehrstrassen zu initiieren. Im Rahmen der Studie sollen insbesondere geprüft werden:

- a) alternative Streckenführung abseits von dicht besiedelten Stadtgebieten
- b) Ertüchtigung bzw. Modernisierung bestehender Alternativstrecken
- c) mögliche Neubauvarianten außerhalb städtischer Gebiete

Reimund Kasper, Jens Dennhardt, Max Liess, Manfred Oppermann,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN